

Wahlbericht Nr. 3

Juschtschenko um den Sieg betrogen? – Massenproteste in der Ukraine

Ralf Wachsmuth und Igor Plaschkin

Kiew, 23. November 2004

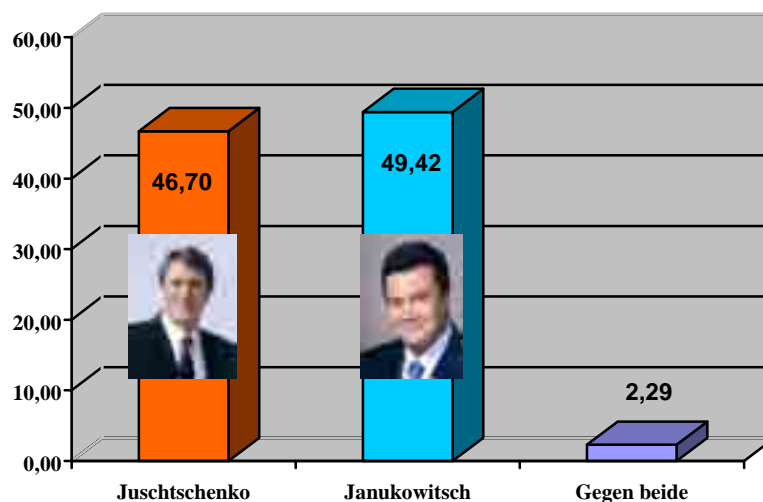
Kiew, am Montag, den 22. November 2004: weit mehr als 100.000 Menschen waren dem Aufruf von Viktor Juschtschenko gefolgt und bevölkerten den Unabhängigkeitsplatz von neun Uhr morgens bis zum späten Abend, ließen sich in der Kälte von den heißen Rhythmen bekannter ukrainischer Sänger und Bands erwärmen, lauschten gebannt den Reden und Appellen führender Oppositionspolitiker, Künstlern und Literaten und skandierten bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Namen ihres Idols: Viktor Juschtschenko. Die Hauptstraße der Stadt war durch Zelte für die dort übernachtenden Aktivisten und notdürftig errichteten Verpflegungsstellen blockiert. Der ganze Platz war eingetaucht in ein Meer von orangenen Fahnen, T-Shirts, Schals und Bannern. Was den Anschein eines ausgelassenen Volksfestes bzw. Zeltlagers für Jugendliche machte, hatte in Wirklichkeit einen sehr ernsten Anlass.

Der Krieg der Zahlen: wer hat denn nun gewonnen?

Am 21. November hat in der Ukraine die zweite und entscheidende Runde der Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Der laut der meisten Umfragen vor den Wahlen und am Wahltag als Favorit ins Rennen gegangene pro-westliche Politiker Viktor Juschtschenko wurde nach Meinung zahlreicher nationaler und internationaler Beobachter durch massive Manipulationen um den sicher geglaubten Sieg gebracht.

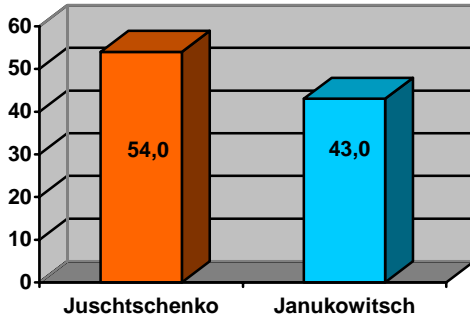
Nach offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission (ZWK) am Vormittag des 23.11. nach der Auszählung von 99,38% der Wahlprotokolle ist der derzeitige und als pro-russisch angesehene Premierminister Janukowitsch als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Er erhielt 49,42% der Stimmen und damit 2,72% mehr als sein Widersacher, obwohl Prognosen einige Tage vor der Wahl und Exit-Polls am Wahltag Juschtschenko einen Vorsprung von drei bis elf Prozentpunkten attestiert hatten.

Das offizielle Wahlergebnis der Stichwahl am 21.11.2004
(Angaben der ZWK zum Stand am 23.11. vormittag)

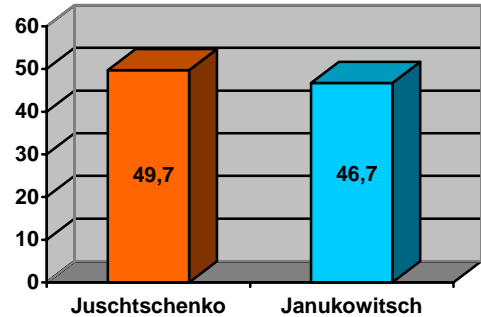


Umfragewerte von Exit-Polls

Ermittelt durch Kiewer Internationales Institut für Soziologie, Rasumkow-Zentrum, Fonds „Demokratische Initiativen“

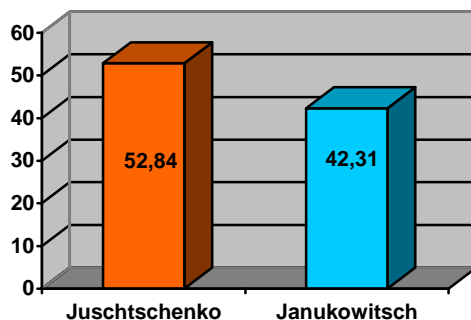


Ermittelt durch Zentrum „Sozis“ und „Soziales Monitoring“

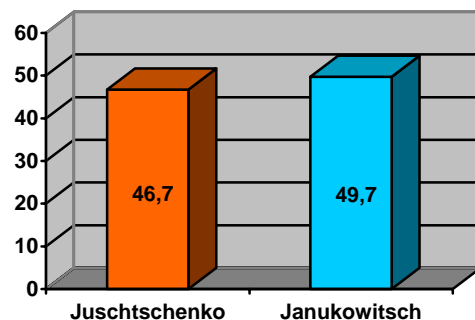


Ergebnisse der parallelen Stimmenauszählung in den Wahlstäben

von Juschtschenko
ausgezählt 57,2% der Wahlprotokolle



von Janukowitsch
ausgezählt 99,7% der Wahlprotokolle



Die Wahlbeteiligung war mit 80,36% noch einmal um etwa 5% höher als bei der rekordverdächtigen ersten Runde. Sie war während der etwa 20 Stunden dauernden Auszählung allerdings nie stabil gewesen und schwankte zunächst zwischen 72 und 79%, bis sie letztlich auf 80,36% festgelegt wurde. Für Juschtschenko eine „Blankovollmacht zur Fälschung“, dadurch das auch nach dem Schließen der Wahllokale je nach Bedarf noch massenhaft zusätzliche Wahlzettel bei der Auszählung berücksichtigt werden können. Die Opposition witterte Betrug und forderte den Leiter der ZWK zu einer Erklärung auf. Kiwalow räumte zwar kleinere Unregelmäßigkeiten ein, ohne diese allerdings näher zu spezifizieren. „Die Wahl wird gefälscht. Es ist unmöglich, aus der ZWK die Wahrheit herauszubekommen. Wir glauben ihr nicht mehr,“ sagte ein sichtlich erregter Juschtschenko nach seinem ergebnislosen Gespräch.

Juschtschenko und Janukowitsch werfen sich gegenseitig Wahlbetrug vor

Für Serhij Tihipko, den Leiter des Wahlstabs von Janukowitsch, waren die für Juschtschenko positiven Ergebnisse der Exit-Polls kein Grund zur Besorgnis. Die Nachwahlbefragungen seien seiner Meinung nach „falsch, unwissenschaftlich und sogar komisch.“ Die ZWK, so seine Prognose, „werde darauf sicherlich die richtige Antwort finden.“ Im Vergleich zur Stimmenauszählung der ersten Runde, für die die ZWK fast bis auf die Stunde genau zehn Tage benötigte (davon alleine vier Tage um knapp 4%

auszuzählen), hatte sie für die Auszählung von 99% der zweiten Runde weniger als 24 Stunden gebraucht.

Während die Wahlbeobachter der GUS-Staaten die meisten Wahlverfehlungen im Westen der Ukraine, in der Hochburg von Juschtschenko, entdeckten, meldete der zentrale Wahlstab von Juschtschenko im Osten mehr als 2.000 Beschwerden. Tatsächlich waren in den westlichen Regionen zum Beispiel einige Wahlurnen in Flammen aufgegangen und einige Verstöße hinsichtlich der Korrektheit von Wahlprotokollen gemeldet worden. Im Vergleich zur ersten Runde hatte sich die Situation nach Meinung von Beobachtern landesweit verschlechtert. Aus dem Osten der Ukraine häuften sich die Klagen nationaler und internationaler Wahlbeobachter über offensichtliche Unregelmäßigkeiten. Kanadische Beobachter registrierten Einschüchterungsversuche durch die Polizei. Journalisten wurden mit fadenscheinigen Begründungen am Betreten der Wahllokale behindert, nationale Wahlbeobachter wurden von örtlichen Kriminellen verprügelt, ein Polizist, der Wahlurnen bewachte, kam ums Leben, Kommissionsmitglieder der Opposition wurde der Zutritt zu den Wahllokalen verwehrt. Mehrere Fälle von Kidnapping von Beobachtern und Kommissionsmitgliedern wurden beobachtet. Die Zahl von Personen, die zu Hause ihrem Wahlrecht nachgehen wollten, stieg in einigen Regionen auf 15 – 20 %. Normal sind etwa 3%. Den Vogel schossen einige Wahllokale in Mykolajiw mit 30% ab.

Aus einigen östlichen Regionen wurde eine geradezu märchenhafte Wahlbeteiligung vermeldet. Nach offiziellen Angaben lag sie im Gebiet Donezk bei 96,65%. Nach offiziellen Angaben gaben 96,2% der Wahlberechtigten dieser Region ihre Stimme für Janukowitsch ab. Einige Donezker Wahllokale meldeten 100%, ein anderes den sogar zu besten Sowjetzeiten unerreichten Wert von 104%. Noch in der Nacht vom 21. zum 22. November gab der Rechtsexperte der Wahlkampfleitung von Juschtschenko Mykola Kateryntschuk bekannt, die Wahlergebnisse in den Regionen Donezk und Luhansk anzufechten, u.a. mit der Begründung, dass nicht ein einziger der 2.500 Beobachter von Juschtschenko ihre Tätigkeit in den Wahllokalen aufnehmen konnte.

Ferner wurde in der zweiten Runde ein im Vergleich zur ersten vermehrtes Auftreten des sogenannten „Wahltourismus“ gemeldet. Mehrere Tausend Busse mit Fahrgästen, die bis zu sechs Wahlscheine für Mehrfachstimmabgaben mit sich führten, fuhren von einem Wahllokal zum anderen. So kamen z.B. einige Hundert Studenten aus östlichen Regionen in einem Wahllokal in Poltawa an, warfen ihre Wahlzettel in die Urnen und begaben sich sofort zum nächsten.

Ein offizieller Bericht der OSZE liegt noch nicht vor. Angesichts der bereits bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten ist die OSZE aber zu dem Zwischenergebnis gekommen, dass die Wahl grundlegenden Kriterien der OSZE für faire, transparente und demokratische Wahlen nicht entsprochen hat. Die Appelle internationaler Organisationen, zahlreicher Regierungen und Staatschefs sowie die Drohung der amerikanischen Regierung, keine Visa für bestimmte Personenkreise auszustellen, sind auf keinen fruchtbaren Boden gefallen. Nur der russische Präsident hatte an den Wahlen in der Ukraine nichts auszusetzen. Dies ist nicht verwunderlich, müssen ihm die Wahlen in der Ukraine doch im Vergleich zu denen in Tschetschenien geradezu paradiesisch vorkommen.

Hat die Wahrheit noch eine Chance?

Die Regierung – so der erste Eindruck – wird versuchen, das Problem auszusitzen und darauf vertrauen, dass der Elan der Oppositionsparteien erlahmen wird. Die Opposition dagegen wird auf dem Rechtsweg auf eine Annullierung der Wahlergebnisse in

bestimmten Regionen der Ukraine drängen, so wie sie es im umgekehrten Fall bereits erfolgreich nach der ersten Runde getan hatte, als der Oberste Gerichtshof ihrer Klage auf nachträgliche Anerkennung von Wahlprotokollen in Tscherkassy und Kirowograd stattgab und Juschtschenko 130.000 Stimmen (ca. 0,06%) zusätzlich erhielt. Theoretisch möglich doch faktisch im höchsten Masse unwahrscheinlich ist das Szenario, dass Präsident Kutschma das Wahlergebnis nicht anerkennt und eine Überprüfung in allen umstrittenen Gebieten anordnet.

Einwirkungsmöglichkeiten seitens der OSZE, des Europäischen Parlaments oder selbst der amerikanischen Regierung – wie auch das Beispiel Belarus eindrucksvoll demonstriert – bestehen praktisch nicht. Die Androhung von Visarestriktionen hatte bei den Verantwortlichen, wie zu erkennen war, keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Die Amerikaner sehen sich trotz der Aufforderung von Präsident Bush an Präsident Kutschma, den Vorwurf der Wahlmanipulation aufzuklären, und dessen Androhung einer politischen Eiszeit zwischen den beiden Ländern mit einem Vertrauensdefizit konfrontiert. Nach der ersten Runde hatte eine Gruppe ehemaliger Kongressabgeordnete zum Entsetzen anderer internationaler Beobachter und selbst des amerikanischen Botschafters in der Ukraine öffentlich erklärt, keine Wahlverfehlungen erkannt zu haben. Hinzu kommt, dass der extra von Präsident Bush zur Beobachtung der Stichwahl in die Ukraine entsandte Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Senats Richard Lugar nach seinem Eintreffen bei Beobachtern den Eindruck hinterließ, sich mehr um die Fortsetzung der ukrainischen Truppenpräsenz im Irak und den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus als um den einsamen Kampf der ukrainischen Opposition um Demokratie und faire Wahlen in der Ukraine zu sorgen. Am Montag kritisierte aber auch er mit undiplomatisch offenen Worten die „unübersehbaren physischen Einschüchterungen der Wähler und die illegale Anwendung der administrativen Ressourcen.“

Sehr oft in diesen Tagen richtet sich der Blick vor allem der Jugend nach Europa. Doch die Europäer haben in den vergangenen Wochen und Monaten nicht gerade durch Engagement gegläntzt. Möglich, dass Glückwunschtelegramme aus westlichen Hauptstädten an Janukowitsch ausbleiben. Er wird es verschmerzen können, da Putin ihn bereits zu seinem „überzeugenden Wahlsieg“ gratuliert hat und damit ein Zeichen setzt, das in der Ukraine verstanden wird. So zynisch es in westlichen Ohren klingen mag: in Teilen der Jugend der Ukraine setzt sich der Eindruck fest, bestimmte einflussreiche westeuropäische Regierungschefs, die für ihr inniges Verhältnis zu Putin bekannt sind, präsentierten die Ukraine dem russischen Präsidenten auf einem silbernen Tablett als Gegenleistung für Gas, Öl und volle Auftragsbücher. Was zählen da schon einige Millionen betrogene Wähler. Gleichzeitig entledigen sie sich eines möglichen schwierigen EU-Beitrittskandidaten. Dieser Eindruck mag überzogen sein, entbehrt aber nicht einer gewissen Logik.

Die ukrainische Opposition sieht sich im wahrsten Sinne des Wortes, wenn man auf die Tausende junger Aktivisten schaut, die Tag und Nacht bei klirrender Kälte im Stadtzentrum ausharren, einem eisigen politischen Ostwind ausgesetzt. Das kleine zarte Pflänzchen Demokratie, das in den vergangenen Wochen das Tageslicht erblickte, droht schon gleich zu erfrieren. Der Streikaufruf von Juschtschenko, Moros, Kinach und Timoschenko scheint allmählich auch in einigen Regionen auf Resonanz zu stoßen. So haben sich die Stadträte von Lwiw und Iwano-Frankiwsk Juschtschenko als Präsidenten anerkannt und beschlossen, seinen Anweisungen zu folgen. Auch der Stadtrat von Kiew kritisierte die Wahl und forderte eine Überprüfung der Ergebnisse. In den Industriegebieten des Ostens allerdings würde jede aktive Opposition bereits im Keim erstickt werden. Die Opposition wird dennoch im Parlament und auf der Strasse – friedlich wie bisher – ihren Widerstand gegen den wie Juschtschenko sagte „drohenden

Staatsstreich“ fortsetzen und verstärken und sich mit dem Wahlbetrug nicht abfinden. Die Chancen, das Ergebnis noch umzudrehen, stehen aber nicht gut, obwohl Teilerfolge zu verzeichnen sind.

Die schon bei der Konstituierung der Zentralen Wahlkommission im Februar dieses Jahres (siehe unseren Bericht vom März: „Die Wahlkommission – ein Trumpf in der Hand des Präsidenten“) von zahlreichen NGOs geäußerte Skepsis, man könne sich nur schwerlich vorstellen, dass der ZWK-Vorsitzende Kiwalow ausgerechnet den Oppositionskandidaten Juschtschenko zum Sieger erklären würde, scheint sich zu bewahrheiten. Aber noch besteht die Hoffnung, dass Wahrheit und Gerechtigkeit Oberhand gewinnen und die Staatsmacht nicht über ihr Volk siegen wird.